

Informationsdienst Gentechnik

Kritische Nachrichten zur Gentechnik in der Landwirtschaft



Westminster, der Sitz des britischen Parlaments (Foto: David Hunt, <http://bit.ly/1rl8YJz>, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de> über Wikimedia Commons)

Die britische Regierung veröffentlicht einen Fahrplan für mehr Gentechnik

30.09.2021

Der Brexit macht's möglich: Das britische Umweltministerium Defra will das Gentechnikrecht des Landes gravierend ändern, um schnell neue gentechnisch veränderte Pflanzen zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Durch ein positives Innovationsklima soll die Rolle Großbritanniens als eines der führenden Länder für Gentechnikforschung gestärkt werden. Das halten allerdings viele Briten nicht für erstrebenswert.

Für sein Vorhaben hat das Ministerium nun einen genaueren Plan veröffentlicht. Noch vor Ende des Jahres will es auf dem Verwaltungsweg eine Verordnung erlassen, die den Wissenschaftlern Feldversuche erleichtert. Hätten die in den Pflanzen vorgenommenen gentechnischen Änderungen auch mit herkömmlichen Züchtungsmethoden entwickelt werden können, brauchen sie künftig keine Genehmigung mehr. Es reicht, den Feldversuch anzumelden.

Im nächsten Schritt sollen solche gentechnisch veränderten Pflanzen aus dem Gentechnikrecht ausgeschlossen werden. Defra stützt sich dabei auf sein gentechnisches Beratungsgremium ACRE, das zu dem Ergebnis kam, von diesen Pflanzen gehe kein höheres Risiko aus als von Produkten herkömmlicher Züchtung. Prüfen will das Ministerium, „welche Maßnahmen erforderlich sind, damit gentechnisch veränderte Produkte auf den Markt gebracht werden können, einschließlich der Wahlmöglichkeiten für die Verbraucher und der Rückverfolgbarkeit.“

Organismen, bei denen fremde DNA ins Erbgut eingefügt wurde, sollen vorerst weiter dem Gentechnikrecht

unterliegen. Doch die Regierung kündigte bereits an, dass sie nach diesen ersten Schritten die gesamten Gentechnikregelungen überprüfen wolle. Umweltminister George Eustice lobte die Genom-Editierung als hilfreiches Werkzeug, um „einige der größten Herausforderungen zu bewältigen, vor denen wir stehen - etwa Ernährungssicherheit, Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt.“ Natürlich würden dabei die hohen britischen Standards für Umwelt- und Lebensmittelsicherheit beibehalten und nicht geschwächt. Der Verband der britischen Pflanzenzüchter begrüßte die Ankündigung des Ministers.

Der jetzt verkündete Fahrplan ist die Antwort der Defra auf eine im Februar abgehaltene Konsultation. 6440 Antworten hatte das Ministerium nach eigenen Angaben bekommen. 88 Prozent der Bürgerinnen und 64 Prozent Unternehmen hätten sich dafür ausgesprochen, neue gentechnische Verfahren wie bisher unter das Gentechnikrecht zu stellen. An der Konsultation beteiligt hatten sich auch einige wenige wissenschaftliche (24) und öffentliche Institutionen (12). Von ihnen hatte sich gut die Hälfte für eine Lockerung der Regeln zugunsten neuer gentechnischer Verfahren ausgesprochen. Auf diese Stellungnahmen stützt die Defra ihre Pläne. Eine „Ohrfeige ins Gesicht der Demokratie“, nannte die Organisation GMWatch deshalb den Fahrplan des Ministeriums. Es ignoriere komplett die wissenschaftlichen Belege für die Risiken neuer gentechnischer Verfahren für Verbraucher und Umwelt. Die Regierung wolle „das Sicherheitsnetz eines angemessenen öffentlichen Schutzes gegen ein HighTech-Chaos eintauschen: unsere Lebensmittel, unsere landwirtschaftlichen Betriebe und die Umwelt haben etwas Besseres verdient“ kommentierte der gentechnikkritische Dachverband GMFreeze. [If]

- DEFRA: Consultation outcome Genetic technologies regulation: government response (29.09.2021)
- DEFRA: Consultation outcome Genetic technologies regulation: government response explainer (29.09.2021)
- DEFRA: Plans to unlock power of gene editing unveiled (29.09.2021)
- ACRE advice concerning Defra's consultation on the regulation of genetic technologies (29.09.21)
- GMWatch: Putting money before life (29.09.2021)
- GMFreeze: Genetic engineering needs the safety net of robust regulation (29.09.2021)

■ Infodienst: Briten gefragt: Brexit auch bei der Gentechnik? (02.02.2021)